



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

P 760 Postulat Hartmann Armin und Mit. über mehr Transparenz und den Einbezug der Gemeinden bei Verbundaufgaben / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Armin Hartmann hält an seinem Postulat fest.

Armin Hartmann: Mit Verbundaufgaben soll man grundsätzlich vorsichtig sein, sie sind nur dort einzusetzen, wo es nicht anders möglich ist oder wo sie tatsächlich die besten Lösungen oder Finanzierungen ermöglichen. Dort, wo sie unumgänglich sind, müssen sie gut funktionieren. Das tun sie, wenn gegenseitiges Vertrauen herrscht und die notwendigen Kontrollen eingeräumt werden. Dazu braucht es Transparenz, aber zurzeit gibt es diesbezüglich gewisse Defizite. Um eine Verbesserung zu erzielen, braucht es einen vollumfänglichen Prüfauftrag. Am besten lässt sich das an einem Beispiel zeigen: In der Regel produziert eine Staatsebene die Kosten und meldet diese einer Verrechnungsstelle, welche wiederum die Kosten verteilt. In der Volksschule fallen die Kosten bei der Gemeinde an. Die Gemeinden melden die Kosten dem Kanton, der sie mit seinen Kosten verrechnet und die entsprechenden Kantonsbeiträge den Gemeinden erhebt. Heute ist die Einsicht einseitig, die Zahlen der Gemeinden werden vom Kanton zu Recht überprüft. Die Gemeinden können jedoch die im Anschluss durch den Kanton gestellte Rechnung nicht überprüfen, was manchmal ein ungutes Gefühl hinterlässt. Den Rechnungsführern der Gemeinden muss es möglich sein, die Rechnungen überprüfen zu können, und deshalb müssen sie in geeigneter Form mit einbezogen werden. Diesbezüglich besteht tatsächlich Verbesserungsbedarf. Ich finde es nicht gut, dass die Gruppe Sozialversicherungen nicht institutionalisiert eingesetzt werden soll. Das ist etwas, was im Rahmen der Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) versprochen wurde. Wir wissen auch warum. Wir haben damals Finanzierungsströme umgeleitet, die Gemeinden müssen im Bereich der Sozialversicherungen mehr Finanzierungen erbringen. Deshalb müssen sie rechtzeitig über Kostenentwicklungen informiert werden und sich allenfalls in geeigneter Form eingeben können. Das ist momentan nicht der Fall und muss korrigiert werden. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung meines Postulats zuzustimmen.

Gian Waldvogel: Das Postulat zeugt von einem bestehenden Misstrauen zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Aus unserer Sicht scheint diese Zusammenarbeit teilweise nicht reibungslos zu funktionieren. Es zeigt auch, dass die Gemeinden stark gefordert und teilweise – aufgrund knapper Ressourcen – mit der komplexen Verrechnung der Verbundaufgaben auch überfordert sind. Das ist eine zunehmende Komplexität, trotzdem ist die geforderte gemeinsame Rechnungsführung und Kontrolle aus unserer Sicht nicht die richtige Lösung. Gegenseitiges Vertrauen baut man nicht mit Kontrolle auf, sondern mit Transparenz, Dialog und klarer Kommunikation. Wir erachten den Vorschlag der Regierung, die Transparenz mittels bestehender Gefässe zu stärken, als den richtigen Weg. Die

G/JG-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

André Marti: In den Verbundaufgaben ist der Kanton oft im Lead, er rapportiert und verrechnet an die Gemeinden, und oft ist das tatsächlich nicht sehr gut nachvollziehbar. Das Postulat fordert lediglich mehr Transparenz und den Einbezug der Gemeinden, es ist bewusst sehr allgemein formuliert. Der Postulant verlangt, dass lediglich bei wesentlichen Verbundaufgaben zu handeln ist und der Einbezug in geeigneter Form erfolgen soll. So lässt er der Regierung bei der Umsetzung grossen Spielraum. Mir ist nicht ganz klar, warum man den Handlungsbedarf zwar anerkennt, aber das Postulat trotzdem nur teilweise erheblich erklären will. Der Regierungsrat schreibt von geforderten neuen Gremien; diese sind in der Begründung nur als Beispiel erwähnt, aber nicht als explizite Forderung. Er will eine Erhöhung der Transparenz, aber in den bestehenden Gremien. Das Postulat will nicht mehr, sondern eine Prüfung, ob die bestehenden Gremien ausreichen. Nur falls dies nicht der Fall sein sollte, braucht es vielleicht neue Gremien. Zur Gruppe Sozialversicherungen hat sich Armin Hartmann bereits geäussert, dem kann ich mich nur anschliessen. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag, meiner Meinung nach kann man einen solchen nicht besser formulieren als hier vorliegend. Es gibt keinen Grund, das Postulat nur teilweise erheblich zu erklären. Die FDP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu.

Claudia Wedekind: Verbundaufgaben zwischen Kanton und Gemeinden sind wichtig, auch für die Transparenz und das gegenseitige Vertrauen. Die Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Mit der AFR18 hat dieses Thema eher an Wichtigkeit gewonnen. Aus unserer Sicht ist die Stellungnahme der Regierung diesbezüglich nicht glücklich formuliert. Die Regierung ist, was eine echte Zusammenarbeit und somit eine gemeinsame Rechnungskontrolle beinhaltet, eher zurückhaltend und redet von Verwässerung. Wie Armin Hartmann bereits erklärt hat, wurde auf die Fachgruppe Sozialversicherungen verzichtet. Das ist auch für uns nicht nachvollziehbar. Die Fachgruppe Sozialversicherungen wurde anlässlich der AFR18 versprochen und in der Vernehmlassung von der grossen Mehrheit unterstützt. Nun liegt es an den Gemeinden, selber nachzufragen. Ist das die Vorstellung einer konstruktiven Zusammenarbeit, wie wir sie wollen? Die Mitte-Fraktion fordert die Erheblicherklärung dieses Prüfauftrags, um bei den wesentlichen Verbundaufgaben die Transparenz und somit das Vertrauen zwischen Kanton und Gemeinden zu erhöhen sowie auch die Rechnungsführung und -kontrolle in geeigneter Weise einzuführen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich äussere mich zur Differenz, die zwischen der Forderung des Postulanten und unserer Stellungnahme besteht. Wir erwarten ja ebenfalls Transparenz bei der Zusammenarbeit, etwa bei den Volksschulskosten. Im Gegenzug darf das auch von uns erwartet werden. Was uns zu weit geht und weshalb wir die teilweise Erheblicherklärung beantragen, ist die gemeinsame Rechnungsführung und -kontrolle. Das geht über Zusammenarbeit und Transparenz hinaus. Aus unserer Sicht geht so etwas gar weit. Ich glaube, im Gegenzug möchten die Gemeinden das mit dem Kanton auch nicht so handhaben. Es braucht Transparenz und die notwendige Einsicht in die Unterlagen, um die Rechnungsstellung nachvollziehen und begründen zu können. Aber eine gemeinsame Rechnungsführung, wie im Postulat gefordert, ist aus unserer Sicht ein sehr weitreichender Schritt, den wir nicht unterstützen können. Daher bitte ich Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 61 zu 33 Stimmen erheblich.